

## IRAN / WIRTSCHAFT UND POLITIK

### INSTEX: Mehr als nur ein „Feigenblatt“?

Teheran baut eine Drohkulisse auf / Von H. Jürgen Heinbuch

FRANKFURT (NfA)–Die Atomaufsichtsbehörde IAEA hat Meldungen aus dem Iran bestätigt, wonach die Urananreicherung über das im Atomabkommen festgelegte Maß hinaus erhöht wurde. Dies sei ein Signal vor allem gegenüber Europa, meint der gerade erst aus Teheran zurückgekehrte deutsch-iranische Unternehmensberater Saeed Roshani gegenüber den NfA.

In den letzten Tagen war zu erkennen, dass die iranische Presse der Geschäftsaufnahme der als europäisches Finanzvehikel zur Umgehung der US-Sanktionen eingerichteten INSTEX deutlich mehr Aufmerksamkeit widmet als die europäischen Medien. Allerdings glaube man auch in Teheran nicht an einen tatsächlichen Fortschritt, so Roshani, der dem AHK-Ausschuss für Banken und Finanzen vorsitzt. Dies sei nicht nur aus der Politik zu hören, sondern vor allem auch von den Unternehmen.

Auffangen könnten INSTEX und ihr iranischer Gegenpart die sanktionsbedingten Verluste allein schon vom Volumen her nicht. Roshani weist darauf hin, dass allein das Exportvolumen Deutschlands in den Iran im letzten Jahr rund 2,8 Mrd Euro umfasst habe. Lasse man das Erdöl einmal beiseite, seien in der Gegenrichtung nur Güter im Wert von ein paar hundert Millionen geliefert worden. Dies korreliere in keinsten Weise. Man könne in dieser Hinsicht von einer „Goodwill“-Aktion sprechen. Bis zum Jahresende sollten zumindest ein paar symbolische Transaktionen getätigt werden, meint er.

Das Nichtvorhandensein der finanziellen Grundlage auf iranischer Seite sei aber

nur ein Problem, mit dem sich INSTEX konfrontiert sehe, so der Kasseler Unternehmensberater. Dies könnte sich nur ändern, wenn man Öllieferungen aus dem Iran oder eine Kreditlinie für Teheran auflegen würde. Und diese Bereitschaft sei in der EU nicht zu erkennen.

Das zweite Problem sieht er in der Bereitschaft der Unternehmen - vor allem jener mit US-Geschäft -, das Risiko überhaupt einzugehen. Via INSTEX eingefädelte Transaktionen seien mitnichten geheim. Es gebe keine Gewähr, dass ein beteiligtes Unternehmen von Washington nicht umgehend sanktioniert werde, sagt Roshani. Solange es auf europäischer Seite keine stärkere Absicherung durch die Politik gebe, sei an einen Erfolg nicht zu glauben.

Zudem sei klar kommuniziert worden, so Roshani, dass auch die Transaktionen via INSTEX unter dem Einfluss der US-Strafmaßnahmen stünden. Daher wolle man sich zunächst auf eigentlich freigestellte humanitäre Güter fokussieren. Doch selbst hier habe es, betont der Experte. Die meisten europäischen Pharmakonzerne seien ohne politische Rückendeckung nicht bereit, das Risiko zu tragen. Teheran wisse darum, meint Roshani. Die Drohkulisse der Urananreicherung sei bewusst gewählt worden, um die Tür nach Europa weiterhin offen zu halten, zugleich aber auch den Druck auf die EU zu erhöhen, deutlich mehr als bislang in die Beziehungen zu investieren.



Im Iran fehlt das Geld zur Gegenfinanzierung

#### KONTAKT:

Saeed Roshani  
ROWEIT, Kassel  
roshani@roweit.de

## AUS DER REDAKTION

### Kompromisslos

Einig ist man sich in London ebenso wie in Brüssel und Straßburg derzeit nur darüber, dass man sich nicht einig ist. Wurde das Brexit-Drama auf der Insel vielfach als unwürdig kritisiert, so zeichnet sich auf dem Kontinent nun ein ähnliches Theater ab.

Nach der Nominierung von Christine Lagarde als neuer Hüterin des Euro, geht es nun um den Vorsitz der EU-Kommission. Und hier zeigt sich erneut die zunehmende Unfähigkeit zum Kompromiss, die den Zusammenhalt der Staatengemeinschaft auch in vielen anderen Punkten gefährdet. Kompromisse sind in einem demokratischen System aber das A und O.

Nachdem die Europawahl stark auf die jeweiligen Kandidaten der Lager zugeschnitten war, entschieden sich die Staats- und Regierungschefs mit Ursula von der Leyen für eine Kandidatin, die bis dato niemand auf dem Zettel hatte. Dass - nicht nur - die Straßburger Abgeordneten dies als undemokratisch bezeichnen, ist durchaus verständlich - zumal man ja nicht gefragt wurde. Von daher ist die Zustimmung des Parlaments zur Personalie von der Leyen mehr als fraglich.

Vergessen wir nicht, dass Ende Oktober einmal mehr der Brexit ansteht. Und während sich in London die Tory-Kandidaten duellieren, läuft es auf dem Festland ebenfalls auf einen Showdown hinaus. Eine erfolgreiche Woche wünscht  
*Ihre NfA-Redaktion*

#### WELT

### Wie sich die WTO selbst definiert

SEITE 3

#### WELT

### Ende der Pharmafusionen noch lange nicht in Sicht

SEITE 10

#### WELT

### Biotech und die Agrarwirtschaft

SEITE 12